



Nach dem Massaker von Conakry: Herrschaft der Kriegerkaste oder nachholende Demokratisierung? - Ein Bewertungsversuch

von Jens-Uwe Hettmann
Friedrich-Ebert-Stiftung Côte d'Ivoire

- Nach dem Massaker vom 28.09.2009 steht Guinea am Scheideweg. Es geht um nicht weniger als folgende Alternative: die absehbar jahrzehntelange Fortsetzung der Willkürherrschaft der Militärs oder aber die Einleitung der Demokratisierung bei gleichzeitig völligem Neuaufbau des Staates.
- Letzteres kann Guinea nicht aus eigener Kraft schaffen. Unabdingbare Voraussetzung ist die Abschaffung des Militärs, für die internationale Unterstützung ebenso notwendig ist, wie für den erforderlichen Neuaufbau der Institutionen und die Etablierung einer qualifizierten politischen Führung.
- Die westafrikanische Staatengemeinschaft ECOWAS hat einen Vermittler beauftragt, der persönlich auf Vorbehalte stößt und dessen Ansatz versucht, unvereinbare Positionen zu verbinden. Seine Erfolgsaussichten erscheinen derzeit gering.

Das Massaker vom 28.09.2009 hat einen historischen Vorlauf: Nur Stunden nach dem nicht unerwarteten Tod des zweiten Staatschefs Guineas seit der Unabhängigkeit, General Lansana Conté, übernahm eine Militärjunta (CNDD) unter der Führung von Hauptmann Moussa Dadis Camara am 23.12.2008 unblutig die Macht im Lande. Unter starkem Jubel der guineischen Bevölkerung und - bis auf Ausnahmen - sehr reservierter bis ablehnender Aufnahme dieser Entwicklung durch die internationale Gemeinschaft, versprachen Dadis und seine Putschisten die Vorbereitung von fairen und transparenten Wahlen innerhalb der nächsten ein bis zwei Jahre, bei denen niemand von der Junta kandidieren würde. Bei der Bewertung dieses Vorgangs befanden sich auch Putschgegner in einer Dilemmasituation: Während einerseits die verfassungswidrige

Usurpation der Macht inakzeptabel war, hätte eine Umsetzung der verfassungsrechtlichen Bestimmungen zur Fortsetzung des undemokratischen, menschenverachtenden und entwicklungsfeindlichen Regimes Conté ohne Conté geführt. Obwohl letztere Option nicht als wünschenswert bezeichnet werden konnte, reagierte die internationale Gemeinschaft mit eindeutiger Ablehnung der so geschaffenen neuen Realität und der Forderung nach möglichst zügig durchzuführenden Wahlen zur Wiederherstellung der verfassungsmäßigen Ordnung unter einer Zivilregierung. Parallel zur Suspendierung der Mitgliedschaft Guineas in der Afrikanischen Union und der westafrikanischen Regionalorganisation ECOWAS wurden aber Foren wie die ‚Internationale Kontaktgruppe‘ (ICG-G) unter Führung von AU und ECOWAS gegründet, um die Transition zu begleiten.

Während die Durchführung der versprochenen Transitionsschritte sich zunehmend schleppend gestaltete, schürte Juntachef Dadis nach einigen Monaten zunehmend die Unsicherheit darüber, ob er sein Versprechen, nicht zu kandidieren, einhalten oder aber brechen würde. Die internationale Gemeinschaft und weite Teile der guineischen Bevölkerung reagierten ablehnend auf die ambivalenten Äußerungen von Dadis und verlangten sein eindeutiges Bekenntnis zur Einhaltung seines Versprechens. Dieses Bekenntnis blieb aus. Stattdessen formierten sich in der Landeshauptstadt Gruppierungen, die eine Kandidatur Dadis unterstützten, ja sogar einforderten. Dass diese Gruppen vom CNDD finanziert wurden, dürften wohl nicht nur Gerüchte sein: Kenner der guineischen Politik haben derartige ‚Unterstützungsbewegungen‘ bereits mehrfach beobachten können. Parallel dazu erhöhte Dadis die Zweifel an seiner Glaubwürdigkeit und seiner Fähigkeit, die politischen Geschicke des Landes zu gestalten, nicht nur durch einzigartige ‚Ausraster‘ bei von ihm organisierten öffentlichen Hearings, sondern auch durch die Aussage, dass er sich dem Ruf der Bevölkerung nicht entziehen könne: Er sei bereit, seine Uniform gegen Zivilkleidung einzutauschen.

Niemand sollte bezweifeln, dass eine Kandidatur von Dadis auch mit einem Wahlsieg von Dadis enden würde, dessen waren sich nicht nur die Zivilgesellschaft, sondern auch die Führungen der politischen Parteien sicher. Die in der Massenbewegung ‚Forces Vives‘ zusammengeschlossenen Parteien und zivilgesellschaftlichen Organisationen – abgesehen von einigen sich zugunsten von Dadis davon entsolidarisierten Minderheiten – beschlossen daraufhin, für den historisch bedeutsamen 28.09.¹ im gleichnamigen Stadion eine Massendemonstration gegen eine eventuelle Kandidatur des Juntachefs zu organisieren.

Zur Verhinderung dieses Vorhabens schickten die Militärs zivile Regierungsmitglieder vor, insbesondere den für das Stadion zuständigen Sportminister. Er untersagte erwartungsgemäß

die Nutzung des Stadions. Als offizieller Grund dafür wurden notwendige Renovierungsarbeiten am Vorabend eines für den 10. Oktober angesetzten Qualifikationsspiels zur Fußballweltmeisterschaft angegeben. Als die Führung der Forces Vives dennoch öffentlich an ihrem Vorhaben festhielt, wurde die Demonstration kurzfristig per Dekret verboten. Auch das schreckte die Forces Vives nicht ab.

Die Bevölkerung strömte am 28.09. – erst zögerlich, dann immer zahlreicher – zum Stadion und ließ sich auch durch ein dorthin entsandtes Mitglied des CNDD nicht zur Rückkehr nach Hause bewegen. Daraufhin kreisten bewaffnete Uniformierte – zumeist Angehörige der Präsidentsgardie BATA – die Menschen im Stadion ein und eröffneten gezielt und mit scharfer Munition das Feuer. Gleichzeitig setzte außerhalb des Stadions eine gezielte Menschenjagd auf politische Führungspersonlichkeiten ein, bei der auch deren Häuser teilweise verwüstet wurden. Im Stadion spielten sich unaussprechlich grausame Szenen ab, bei denen nicht nur ehemalige Premierminister verprügelt, verletzt und ins Militärcamp Alpha Yaya verschleppt, sondern auch gezielt Frauen misshandelt und brutal vergewaltigt wurden. Selbst die Junta wagt es nicht, angesichts der überwältigenden Zahl von Augenzeugen- und Opferberichten diese Grausamkeiten zu bestreiten. Dabei ebte nach diesem selbst in Guinea noch nie da gewesenen Ausbruch und trotz unüberhörbarer internationaler Proteste die Menschenjagd an den Folgetagen erst allmählich ab.

Glaubwürdige Aussagen aus der Bevölkerung, von der Menschenrechtsorganisation OGDH und teils von ausländischen Journalisten beziffern die Zahl der Toten auf über 150 und die der Verletzten auf über 1200.

Der CNDD ließ sich Zeit mit einer Stellungnahme, schließlich äußerte sich Juntachef Dadis öffentlich. Dabei wies er jede Verantwortung für das Geschehene von sich und beschuldigte im Gegenzug die ‚Opposition‘ der Schürung eines Komplotts und des Verstoßes gegen Gesetze. Als politische Bankrotterklärung und untauglicher Versuch, sich aus der Verantwortung zu stehlen, muss seine Aussage gewertet werden, wonach er die Armee nicht kontrolliere, niemand sie letztlich kontrollieren könne. Dies mag in der Sache zutreffen, entbindet ihn aber nicht von seiner Verantwortung als Oberkommandierender der guineischen Streitkräfte.

¹ Am 28.09.1958 lehnte Guinea unter der Führung von Achmed Sékou Touré mit überwältigender Mehrheit den Vorschlag von Frankreich Staatschef de Gaulle ab, statt der vollständigen Unabhängigkeit eine politische Gemeinschaft zwischen der Kolonialmacht und den Ex-Kolonien unter französischer Führung zu schaffen.

Während die guineische Bevölkerung weiterhin traumatisiert ist, organisieren sich oppositionelle Gruppierungen im Ausland. Auslandsguineer aus Nordamerika und Europa bereiten angeblich eine Klage vor dem Internationalen Strafgerichtshof (IStGH) vor. Gleichzeitig verlangen internationale Institutionen und einzelne Staaten die sofortige Beendigung der Grausamkeiten, eine umfassende Aufklärung und die Bestrafung der Verantwortlichen. Auch gezielte Sanktionen gegen Juntamitglieder werden diskutiert.

Diesem steigenden Druck versucht die Junta dadurch zu begegnen, dass sie die Einsetzung einer nationalen und internationalen Untersuchungskommission, die Berufung eines afrikanischen Vermittlers und die Schaffung einer Regierung der nationalen Einheit auf der Grundlage eines wieder aufgenommenen Dialogs mit den Forces Vives vorschlägt.

Während sich die Forces Vives aus nachvollziehbaren Gründen weigern, in einen Dialog einzutreten, fordern sie stattdessen den Rückzug von Dadis und die Entsendung einer internationalen Friedenstruppe. Dafür scheint es beim CNDD keinerlei Bereitschaft zu geben. Inzwischen hat die ECOWAS den burkinischen Staatschef unter Verweis auf seine angeblichen Erfolge bei der Beendigung der ivoirischen Krise zum Vermittler ernannt. Blaise Compaoré war bereits in der guineischen Hauptstadt Conakry und scheint eine Zusage aller relevanten Akteure erzielt zu haben, sich in Kürze in der burkinischen Hauptstadt Ouagadougou für eine Konferenz einzufinden. Hinsichtlich der Eignung Compaorés gibt es aber ernst zu nehmende Vorbehalte. Zwar darf konzediert werden, dass der ivoirische Friedensschluss von Ouagadougou im März 2007 ohne seine Vermittlung sicherlich nicht zustande gekommen wäre, gleichzeitig ist aber nicht in Vergessenheit geraten, dass er selbst ein erfolgreicher Putschist ist, der seine Uniform gegen Zivilkleidung eingetauscht hat, um an der Macht zu bleiben. Er wird auch für die Ermordung (1987) des burkinischen Präsidenten Thomas Sankara verantwortlich gemacht. Gleichzeitig erscheinen sein Name bzw. die Namen seiner engsten Berater in internationalen Analysen zu den Gewalttaten in Liberia und Sierra Leone. Obwohl auch bezweifelt werden darf, dass er von den gegen die ivoirische Regierung auf burkinischem Territorium getroffenen Putschvorbereitungen nicht

wusste, wird er von der internationalen Gemeinschaft hofiert. Umgekehrt verweisen auch Stimmen aus der guineischen Zivilgesellschaft darauf, dass vor diesem Hintergrund Befürchtungen hinsichtlich der wahren Zielsetzungen seiner Vermittlungsversuche dahingehend bestünden, dass afrikanische Staatschefs sich tendenziell ohnehin eher für die Belassung von Ihresgleichen im Amt stark machten. Seine Karriere als erfolgreicher Putschist prädestinierte Compaorés grundsätzlich nicht für eine Vermittlung in Guinea.

Wie konnte es zu dieser Entwicklung kommen?

Viele Aspekte der derzeitigen Katastrophe erklären sich vor historischen Hintergründen. So hat es seit der Kolonialzeit keine Selbstbestimmung des guineischen Volks gegeben. Aus dem historischen ‚Nein‘ zu de Gaulles Projekt wurde kein politisches Kapital geschlagen. Das Scheitern von Guinea als Staat erklärt sich aber nicht nur aus der nach der Unabhängigkeit Guineas lange betriebenen französischen Ausgrenzungspolitik gegenüber seiner früheren Kolonie, sondern auch aus der politischen Unerfahrenheit der neuen Machthaber, ihrer ideologischen Fixierung und ihrem hemmungslosen Machtwillen. Während Achmed Sékou Touré sich international als anti-imperialistischer Revolutionär gebärdete, erfand er im Inneren ein gegen ihn gerichtetes Komplott nach dem anderen und ist für die systematische Verfolgung und Ermordung zahlreicher wahrer und vermeintlicher Oppositioneller verantwortlich. Bei seinem Tode 1984 hinterließ er ein auf ihn persönlich zugeschnittenes politisches Repressionsssystem, welches ohne ihn nicht funktionsfähig war. Das entstandene Machtvakuum füllte eine Militärjunta, unter Führung von General Lansana Conté. Nach einer kurzen Periode zaghafter Liberalisierungsversuche, etablierte der General ab dem Ende der Achtzigerjahre, ganz ohne anti-imperialistische bzw. ‚sozialistische‘ Rhetorik, ein erst mit seinem Tod im Dezember 2008 zu Ende gegangenes neues politisches System der Unterdrückung. Auch bei der Ausbeutung des immensen Ressourcenreichtums des Landes profitierten ausschließlich der Conté-Clan und seine Vasallen. Es droht eine Wiederholung dieser Verhältnisse.

Der entscheidende Unterschied zwischen 1984 und heute sind die nach dem Ende des Systemkonflikts 1989 eingetretenen Veränderungen. Sie haben dazu geführt, dass außerhalb einer lediglich als Fassade existierenden Demokratie in Guinea nicht wieder rückgängig zu machende gesellschaftliche Veränderungen dazu geführt haben, dass das guineische Volk in seiner großen Mehrheit eine Fortsetzung der bisherigen Politikmechanismen nicht mehr hin nimmt. Wohl wissend, dass und wie die Kriegerkaste ihre Vertreibung von der politischen Macht zu verhindern suchen wird, hat das Volk sich zum Widerstand entschlossen und verlangt tiefgreifende Veränderungen des politischen Systems. Die aktuelle Lage ist somit gekennzeichnet durch nicht miteinander vereinbare Konfliktpositionen: Perpetuierung der Herrschaft der Kriegerkaste oder Übergang zu einer Zivilregierung unter gleichzeitigem Aufbau eines demokratischen Rechtsstaats.

Welche Herausforderungen sind für eine Überwindung des aktuellen Staatszerfallsprozesses zu überwinden?

Eine dauerhafte Lösung kann nur unter Berücksichtigung und Bearbeitung einiger zentraler Herausforderungen gelingen:

1. Die politische Kultur Guineas ist trotz der Existenz zahlreicher politischer Parteien durch eine wenig bedeutungsvolle Parteienlandschaft gekennzeichnet:

a) Die frühere Regierungspartei PUP diente einzig und allein der Legitimierung der Macht von Lansana Conté, sie hat nie eine andere politische Rolle gespielt und ist daher nach dessen Tod als Akteur bedeutungslos geworden.

b) Erst illegal tätige und ab der Mitte der Neunzigerjahre zugelassene Oppositionsparteien hatten nie eine Chance, politische Verantwortung zu übernehmen, waren gefangen im System Conté und hatten angesichts ihrer Dilemmasituation kaum andere Optionen als ‚Wahlen‘ zu boykottieren und eine politische Erneuerung auf der Grundlage von Verhandlungen zu verlangen. Gleichzeitig waren die zahlreichen Parteien untereinander uneins und dadurch nicht in der Lage, über die Festlegung auf einen gemeinsamen Kandidaten den Staatschef wirklich herauszufordern. Es gibt derzeit nur wenig Hinweise darauf, dass sich

daran etwas geändert hat: Zwar haben sich die bedeutendsten politischen Parteien zusammen mit den starken Gewerkschaftsdachverbänden und weiteren zivilgesellschaftlichen Organisationen wie der auch international renommierten Menschenrechtsorganisation OGDH zu den ‚Forces Vives‘ zusammengeschlossen, über ihre Ablehnung der Militärjunta hinaus eint sie jedoch kaum etwas.

2. Die ‚Forces Vives‘ sind derzeit die einzig legitime gesamtgesellschaftliche Bewegung, sie werden jedoch als Formation nicht bei eventuellen Wahlen antreten. Sie haben aber ein großes Mobilisierungspotential, weitaus größer als das der politischen Parteien. Strukturelle Schwäche der ‚Forces Vives‘ ist, dass sie als heterogenes Gebilde nur im vorinstitutionellen Raum aktiv sein können.

3. Größte zu bewältigende Herausforderung sind ohne jeden Zweifel die Streitkräfte bzw. diverse uniformierte Prätorianergarden. Der Hauptzweck dieser guineischen bewaffneten Uniformträger war traditionell, die Machtelite an der Macht zu halten und notfalls vor dem eigenen Volk zu schützen. Bereits unter dem ersten Präsidenten Sékou Touré galt dieses Prinzip, auch wenn seine Umsetzung durch zivile Gruppierungen, allen voran die sogenannten Milizen, gesichert wurde. Erst durch Tourés Nachfolger Conté wurde diese Funktion mehr oder weniger offen durch die bewaffneten Uniformträger übernommen. Conté hielt sich trotz mancher Putschversuche mit Hilfe eines klientelistischen Systems zugunsten ihm höriger Militärs bis zu seinem Tod an der Macht. Daraus entstand bei den Uniformierten eine Akteursdisposition, die in ihren eigenen Augen den Anspruch auf die Macht im Lande als selbstverständlich erscheinen lässt und der sich besonders an materiellen Interessen festmacht.

Zusammenfassend heißt das: Es gibt derzeit in Guinea bis auf Ausnahmen keine in der Führung eines Staates erfahrene Politiker, denen die Bevölkerung hinreichend Vertrauen für die Führung der Staatsgeschäfte und die erforderliche Reform des Landes an Haupt und Gliedern entgegenbringt. Dieser Herausforderung muss nach demokratischen Wahlen durch gezielte Unterstützung des neuen politischen Apparats durch die internationale Gemeinschaft begegnet werden, damit der Übergang nicht scheitert. Dem gegenüber steht eine Art machtversessene Kriegerkaste, deren unausge-

sprochenes Streben darauf ausgerichtet ist, ihren Machtanspruch zu zementieren. Dieser Anspruch muss beendet werden, sonst hat das Land keine Chance auf einen Neuanfang.

Es geht um Guineas zukünftige Existenz: Wie könnte eine Lösung aussehen?

Diese Frage lässt sich unter zwei Szenarien diskutieren: 1. Kann Guinea eine Lösung sui generis finden? 2. Wie kann die internationale Gemeinschaft helfen?

1. Um es vorweg zu nehmen: Die eigenen Lösungskapazitäten Guineas stellen sich als sehr begrenzt, um nicht zu sagen unzureichend, dar.

Die aktuelle Lage ist derart zugespitzt, dass beide Seiten ihre aktuellen Positionen nicht aufgeben können, ohne das aus ihrer jeweiligen Sicht nicht akzeptable Risiko zu laufen, für längere Zeit politisch bedeutungslos zu werden. Die spätestens seit 1984 ohne jede politische Legitimation herrschende Kriegerkaste will ihre Kontrolle über die Ressourcen des potentiell reichen Landes nicht verlieren. Wie weit sie dafür bereit ist zu gehen, liest sich ab an der Tatsache, dass aus dem Süden des Landes rechtzeitig vor dem Massaker frühere Widerstandskämpfer gegen den liberianischen Diktator Charles Taylor herangekarrt wurden, die sich bereits damals durch einzigartige Grausamkeit auszeichneten. Gleichzeitig berichten Medien über die Rekrutierung von jungen Menschen aus der Region, aus der Juntachef Dadis stammt, die über keine andere Qualifikation für die ihnen zugedachte Aufgabe der Machtsicherung für Vertreter des Südens verfügen als ihre ethnische Nähe zueinander.

Die zerstrittene und führungslose Zivilgesellschaft ist sich aber in einem Punkt einig: wenn sich in der aktuellen Situation die Militärs erneut als entscheidender Machtfaktor behaupten, droht erneut eine jahrzehntelange Willkürherrschaft jenseits aller Legitimität. Auch wenn die uniformierten Machtusurpatoren es öffentlich nicht zugeben wollen: genau dies ist die Alternative für das Land. Dabei haben sie es aber erstmals in der Geschichte Guineas mit einer Bevölkerung zu tun, die bereit ist, für politische Veränderungen auf sich schießen zu lassen.

Juntachef Dadis weist in aktuellen Interviews jede Verantwortung für das Massaker von sich und greift dabei auf historische Argumentationsschemata seiner Vorgänger zurück, indem er das Ganze als einen Komplott durch die Opposition gegen ihn und seine Kumpane hinstellt. Gleichzeitig verspricht er eine Untersuchung des Massakers² durch eine national und international besetzte Kommission und bietet den ‚Forces Vives‘ einen Dialog und die Einsetzung einer Regierung der nationalen Einheit an. Die Zivilgesellschaft fordert hingegen den Rückzug von Dadis.

Es scheint daher klar zu sein, dass ein sich selbst überlassenes Guinea nicht zur Ruhe kommen und kein Aufbau moderner, demokratisch begründeter Strukturen stattfinden wird.

2. Damit stellt sich die Frage nach den Grenzen und Möglichkeiten der internationalen Gemeinschaft.

Diese kann es sich aufgrund ihrer ohnehin schwachen Bilanz besonders nach den Gräueln in Rwanda und ihrer Ohnmacht im Kongo und in Darfur nicht erlauben, einem drohenden weiteren Völkermord untätig gegenüber zu stehen. In der Guinea-Krise steht auch die Legitimation und Reputation von Organisationen wie den VN, der AU, der ECOWAS sowie der EU auf dem Spiel.

Dabei wird es vermutlich nicht ausreichen, die bislang üblichen Register zu ziehen: Punktuelle Aktionen wie ohnehin meistens unwirksame Sanktionen und auch die Drohung mit dem IStGH werden den CNDD kaum zum Einlenken im Sinne eines Machtverzichts bewegen. Möglicherweise kann auf dieser Ebene ausgeübter Druck dazu führen, dass es im heterogenen CNDD zu einer Katharsis kommt, deren Ausgang derzeit nicht abzusehen ist. Wenn sich bei einem solchen Szenario die Machtusurpatoren behaupten, kommt das Land keinen einzigen Schritt weiter. Sicher ist daher, ohne mas-

² Von einmaliger Menschenverachtung zeugt dabei die gebetsmühlenhafte Wiederholung der Opferzahlen durch die Junta: sie behauptet im Unterschied zu Zivilgesellschaft und internationalen Organisationen, die von über 150 Toten und über 1.200 Verletzten sprechen, dass es ‚lediglich‘ 56 Tote gab, die meisten davon seien im Gewühl erstickt und nur vier durch Querschläger getötet worden...

sive Involvierung der internationalen Gemeinschaft wird es kein Ende der Krise geben.

Die ECOWAS hat einen Vermittler benannt, der auch umgehend tätig geworden ist. Es ist un schwer vorauszusagen, dass Compaoré – so er ein Ergebnis erzielt – nicht den Rückzug des Militärs in die Kasernen erreichen wird. Vor dem Hintergrund der genannten Vorbehalte hinsichtlich seiner wirklichen Zielsetzungen und der bisherigen anderweitig gemachten Erfahrungen scheint klar, dass sich bestehende Machteliten nicht durch Vermittlungsversuche von der Macht entfernen lassen. Meist läuft es auf sogenannte ‚power sharing‘-Modelle hinaus, die sich in der Praxis nie wirklich bewährt haben. Außerdem ist derzeit nicht erkennbar, wie die ‚Forces Vives‘ für eine solche Lösung gewonnen werden könnten. Daher ist – zumindest kurz- bis mittelfristig - ein Vermittlungserfolg nicht in Sicht. Bestenfalls wird es kurzfristig nicht zu erneuten Massakern kommen, Friedhofsruhe sich im Lande installieren.

Eine Lösung kann es nur durch ein Ende der Herrschaft der Kriegerkaste geben. Ob und wie der CNDD zum Rückzug bewegt werden kann, ist dabei die zentrale Frage. Aber selbst wenn das gelänge, woher käme die Gewissheit, dass nicht andere Teile der Uniformierten versuchen würden, in seine Fußstapfen zu treten? Dennoch gibt es keine Alternative. Wie könnte es gelingen? Vielleicht könnte über die Option einer Amnestiegarantie gegen den Rückzug von der Macht nachgedacht werden. Das wird aber schon deswegen nicht einfach, weil damit eine Straflosigkeit erkaufte würde, für die vermutlich noch Sicherheitsgarantien gegenüber den CNDD-Mitgliedern zu leisten wären. Frankreich hat eine internationale Eingreiftruppe in die Diskussion gebracht. Der CNDD behauptete postwendend, dass eine solche Eingreiftruppe auf den Widerstand der gesamten Nation stoßen würde. Gegen Dadis' Gewissheit sprechen aber zwei Faktoren: 1. Das bestehende Klima allgegenwärtiger Angst und 2. Damit verbunden die Hoffnung auf mehr Sicherheit durch Blauhelme. Unabhängig davon, wie groß die Durchsetzungschancen für den Einsatz einer Friedenstruppe sind, wäre dieser nur unter dem Dach der ECOWAS denkbar. Das würde aber bedeuten, dass ohne einen substantiellen nigerianischen Beitrag kaum Realisierungsaussichten bestünden. Nigeria hat kürzlich im AU-Kontext deutlich gemacht, seine Kapazitäten

mehr oder weniger vollständig für die Befriedung des Nigerdeltas zu benötigen. Sollte sich die derzeitige Amnestiekampagne Yar'Aduas jedoch auszahlen, könnte es hier ein Umdenken geben. Die Frage ist nur, käme es noch rechtzeitig? Die ECOWAS hat sich selbst dazu noch nicht geäußert. Führende Vertreter wiesen in der Vergangenheit nicht zu Unrecht darauf hin, dass ihre Bemühungen in aller Regel am Verweis auf die staatliche Souveränität ihrer Mitgliedsländer zum Stillstand kommen. Eine möglicherweise im Fall Guineas autorisierte – wenn nicht sogar verlangte – Intervention auf der Grundlage ihres 1998 beschlossenen Krisenmechanismus-Protokolls zeichnet sich im Moment nicht ab. Die AU ist wegen des in Afrika geltenden Subsidiaritätsprinzips zunächst einmal nicht gefordert.

Auch die VN diskutieren eine solche Option derzeit nicht. Sie würden das ohnehin nur dann tun, wenn im Rahmen der internationalen Aufgabenteilung keine afrikanische Kontinental- oder Regionalorganisation in der Lage wäre, eine beschlossene Friedensmission umzusetzen.

Eine andere - derzeit noch? - realitätsfremde, hier dennoch diskutierte Idee wäre die Abschaffung des Militärs in Guinea und seine Einbeziehung in eine durch die ECOWAS zu gestaltende Sicherheitszone. Die ECOWAS verfügt hierfür über die nötige Legitimation und baut seit Jahren seine Kapazitäten auf. Die äußeren Sicherheitsrisiken von Guinea unterscheiden sich dabei nicht von denjenigen der anderen Staaten im ECOWAS-Raum: während diese Staaten sich untereinander nicht bekriegen, sind sie Austragungsorte von transnationaler Kriminalität, angefangen von Menschenüber Drogen- bis hin zu Waffenhandel. Kein Land dieser Region – auch Nigeria nicht, wie die ungebrochene Versorgung der Rebellen im Nigerdelta mit Waffen dokumentiert – kann dagegen bislang etwas ausrichten. Von daher würde sich für das von keinem Staat dieser Welt bedrohte Guinea nichts ändern, wenn es seine äußere Sicherheit der ECOWAS anvertrauen würde. Hiergegen sprechen zwei Faktoren. Erstens das traditionelle Festhalten am Prinzip der Souveränität und der Territorialität, mit dem die Existenz von uniformierten Streitkräften begründet wird. Und zweitens die Tatsache, das bisher so ziemlich alle von den zu Entwaffnenden als erzwungen angesehenen

Entwaffnungsversuche – siehe aktuell die Rebellen in der Côte d’Ivoire – gescheitert sind.

Die internationale Gemeinschaft täte gut daran, sich nicht auf ein schnelles Vermittlungsergebnis zu verlassen, sondern unabhängig davon über die Frage nachzudenken, wie in Guinea die Kriegerkaste von der Macht vertrieben werden kann. Anders lässt sich der Staatszer-

fallsprozess Guineas mit seinen absehbaren Auswirkungen in der Region nicht aufhalten.

Der Autor Jens-Uwe Hettmann ist Leiter des Büros der Friedrich-Ebert-Stiftung in Abidjan.

Ansprechpartner:

Peer Teschendorf
Friedrich-Ebert-Stiftung
Referat Afrika
Hiroshimastr. 17
10785 Berlin

Tel.: 030-26935-7474
Fax: 030-26935-9217
peer.teschendorf@fes.de

